

Kreistag Fulda:

Steuer geschenke für Unternehmer - aber kein Geld für Schüler!

Die CDU Mehrheit in Fuldaer Kreistag hat sich erneut für Entlastungen der Unternehmen ausgesprochen, für eine sichere Schülerbeförderung oder ein Schulobstprogramm sei kein Geld da.

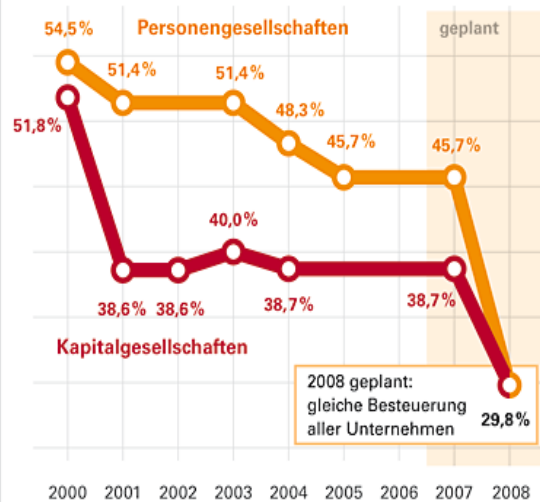
Die Linke/Offene Liste hatte im Kreistag eine Resolution eingebracht in der die Bundesregierung und die hessische Landesregierung aufgefordert wurde Abstand von Steuersenkungen, z.B. im Hotelgewerbe, zu nehmen. Für die hessische Landesregierung bestünde die Möglichkeit im Bundesrat die Pläne der Bundesregierung zu kippen.

Sollten die Steuersenkungspläne der neuen Bundesregierung umgesetzt werden droht den Kommunen ein finanzielles Desaster. Die Kommunen müssen sich auf Mindereinnahmen von mindestens 1,1 Milliarden Euro ab dem nächsten Jahr einstellen. Ab 2011 werden sich die Mindereinnahmen der Kommunen bereits auf mindestens sechs Milliarden Euro jährlich belaufen.

Wenn hiesige CDU Politiker für weitere Milliardenentlastungen der Unternehmen stimmen, aber wegen fehlender Finanzmittel bei Kindergärten und Schulen sparen zeigt das nur, dass hier reine Klientelpolitik betrieben wird. Mit zukunftsweisender Politik hat das nichts zu tun.

Unternehmensteuern sinken immer weiter

Steuersätze der Unternehmen*



*maximale Grenzsteuersätze, zusammengesetzt aus Körperschaftsteuer bzw. Einkommensteuer plus Gewerbesteuer (Hebesatz 400%) plus Solidaritätszuschlag
Quelle: BMF, Berechnungen IMK 2006 | © Hans-Böckler-Stiftung 2006

Bereits in den vergangenen Jahren wurden die Unternehmen steuerlich stark entlastet, weitere Milliarden Steuersenkungen trotz Rekordverschuldung sind unverantwortlich.

1 Million Euro für das Schulobstprogramm der EU haben die CDU und FDP Politiker nicht. Stattdessen werden Unternehmer für Schulobstspenden als leuchtende Beispiele benannt.



Situation im Amt für Arbeit und Soziales

Betroffene Bürger klagen über stark belastete Beschäftigte des Amtes für Arbeit und Soziales. Für eine umfassende Beratung und Information hätten die Beschäftigten kaum die notwendige Zeit. Auch sei keine ausreichende Diskretionszone vorhanden. Für Betroffene Bürger sei es entwürdigend persönliche Dinge ohne entsprechende Diskretion darlegen zu müssen.

Die Linke.Offene Liste forderte Aufklärung:

- Wie viele Personen betreut ein Beschäftigter im Amt für Arbeit und Soziales?
- Gibt es Richtgrößen für die Anzahl der zu Betreuenden?
- Plant der Landkreis in Anbetracht zu erwartende höherer Arbeitslosigkeit eine Aufstockung des Personals?
- Gibt es die Möglichkeit eine größere Diskretionszone bei der Beratung einzurichten?



Foto: aboriginal.de - Konstantin Gastmann

Wer erhält welche Subventionen?

Die Linke.Offene Liste fordert Transparenz!

Durch eine total verfehlte Steuerpolitik von Bund und Land drohen dem Landkreis Millionen Mindereinnahmen. Auch die Städte und Gemeinden müssen mit Defiziten rechnen. Eine Erhöhung der Kreisumlage wird von den Gemeinden kritisiert. Daher sollte der Kreis möglichst gründlich und transparent die finanziellen Möglichkeiten darlegen und beraten.

Durch die Erstellung eines Subventionsberichtes werden für die Abgeordneten und die Öffentlichkeit die tatsächlichen Handlungsmöglichkeiten bei den Haushaltsberatungen deutlich.

Die CDU Mehrheit hält diese Transparenz für nicht hilfreich und lehnte die Initiative der Linken.Offenen Liste ab.



Klarheit ist nicht erwünscht!

Auszug:

Fuldaer Erklärung

Truppenabzug jetzt! Frieden statt Krieg!

Im Oktober 2009 starb ein junger Mann aus der Region Fulda an den schweren Verletzungen, die er mehr als ein Jahr zuvor als Soldat in Afghanistan erlitten hatte. Wir sind bestürzt über die steigende Zahl der Opfer, die der Krieg in Afghanistan fordert. Junge Menschen werden in diesen Krieg geschickt, Töten und Sterben von den verantwortlichen Politikern billigend in Kauf genommen.

Die NATO-Staaten Kanada und Niederlande haben für 2010/2011 den Abzug ihrer Truppen angekündigt. Die Bundesregierung aber hält eisern am Kriegs Bündnis fest.

Die Bundeswehr bringt keine Lösung des Konfliktes, sie ist längst Teil des Problems. Nur zivile Hilfsprogramme können eine Wende zum Positiven bringen. Die unabdingbare Voraussetzung für eine friedliche Entwicklung in Afghanistan ist die Beendigung der bewaffneten Kämpfe. Dieses Ziel ist nur zu erreichen, wenn alle ausländischen Truppen abgezogen werden.

Deshalb fordern wir:

Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan statt weiterer Aufstockung der Kontingente

Sofortige Einstellung aller Waffenlieferungen

Keine logistische Unterstützung des Krieges

Bereitstellung von Mitteln für den zivilen Wiederaufbau

Zivile Berufsbildungsprogramme für Jugendliche und Bundeswehrangehörige

Erstunterzeichner

DGB Kreisverband Fulda: Pia Hainer, Karin Masche; Frank Herrmann, DGB Regionsvorsitzender Südosthessen; Hubert Barteska, DGB KV-Vogelsberg; Michael Wahl, Kreistagsabgeordneter (Landkreis Fulda); Dr. Diether Dehm, MdB, Großtaft (Landkreis Fulda); Joseph Emil Plur, 2. Vorsitzender SPD Fulda-Mitte, Dr. Peter Krahulec, Friedensforscher (Fulda); Martin Uebelacker, Vorsitzender ver.di OV Fulda im Fachbereich 8; Günter Kopaschinski, Betriebsrat (Eichenzell); Sebastian Zöppel, IG Bau Gewerkschaftssekretär iA; Franz Reidel, Betriebsrat Grümel; Christian Hoge und Karin Denhard, linksjugend [solid] Fulda; Günter Zint, dju (verdi) DOK-Verband; Sabine Barteska, Vorsitzende NaturFreunde Lauterbach; Bernhard Vogler, Dr. Ellen Weber, DKP Hettenhausen (Kreis Fulda); Nadja Riechert, KJP Schlitz; Gabriele Röhrig, Die Linke. Main-Kinzig; Dr. Peter Strutyński, GEW, Bundesausschuss Friedensratschlag; Regina Hagen, Trägerkreis Atomwaffen abschaffen, Darmstädter Friedensforum; Jürgen Lamprecht, Landesvorsitzender der Hessischen NaturFreunde; Willi van Ooyen, Friedens- und Zukunftswerkstatt, MdL, Fraktionsvorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Hessischen Landtag; Dr. Ulrich Wilken, MdL, Landesvorsitzender DIE LINKE Hessen; Wolfgang Gehrcke, MdB; Christine Buchholz, MdB; Sabine Leidig MdB; Kathrin Vogler, MdB; Tobias Pflüger, Vorstand Informationsstelle Militarisation, ehemaliger Europaabgeordneter; Robert Zion, B'90/Grüne, Vorstandssprecher KV Gelsenkirchen; Andrea Schwarz, Gemeinderätin Bündnis 90/Die Grünen Oberderdingen; Helene und Dr. Ansgar Klein, Buendnis90/Die Grünen, Kreisverband Aachen; Monty Schädel, Politischer Geschäftsführer Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK); Prof. Dr. Ursula Schumm-Garling, Friedens- und Zukunftswerkstatt; Torsten Schleip, Friedensweg Leipzig, Friedenszentrum Leipzig, IG "Nein zum Kriegsflughafen"; Birgit Gündner, Internationaler Versöhnungsbund; Hans-Peter Laubenthal, Deutscher Friedensrat; Gerhard Diefenbach, eh. Vors. des Aachener Friedenspreis e.V.; Karin Kupka, Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg; Uwe Hixsch, Bundesvorstand NaturFreunde; Gudrun Reiß, attac-AG "Globalisierung und Krieg"; Peter Silbereisen, Schauspieler; Jutta Kausch, Schauspielerin; Wolfgang Spielvogel, Regisseur; Birgit Pätzold, Landesvorstandsmitglied DIE LINKE Thüringen; Frank Kuschel, DIE LINKE im Thüringer Landtag; Andreas Richter, Friedensbeauftragter im SPD-Kreisvorstand Erlangen; Florian Janik, Vorsitzender der SPD-Stadtratsfraktion Erlangen; Uli Breuer, Betriebsrat Hessischer Rundfunk; Rüdiger Dohse, DGB Nord; Frank Deppe, ver.di; Andreas Bernig, Dr., GdP Brandenburg, MdL DIE LINKE Landtag Brandenburg; Claudia Butta, DGB-Frauen Mülheim/Essen/Oberhausen; Peter Franz, Verband Deutscher Schriftsteller Thüringen; Wolfgang van Deuverden, VS Verband deutscher Schriftsteller; Peter Nowak, Journalist; Thomas Immanuel Steinberg, SteinbergResearch; Dr. Matin Baraki, Universitäts-Dozent; Dr. Angelika Claußen, Vorsitzende IPPNW (Deutsche Sektion der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges/Ärzte in sozialer Verantwortung e.V.); Dietrich Dasenbrook, Facharzt für Psychiatrie und Psychotherapie, Betriebsratsvorsitzender; Gerlinde Scherer, Flüchtlingshilfe Libanon; Ralph Hartmann, Botschafter a.D./ Buchautor; Chris Neumann, Darmstädter Signal; Jürgen Rose, Darmstädter Signal; Klaus Hartmann, Deutscher Freidenker-Verband; Hans-Günther Schramm, Tabea und Christine Mößner, Nürnberger Evangelisches Forum für den Frieden; Gregor Böckermann, Initiative Ordensleute für den Frieden (IOF); Egon Jöckel (Gelnhausen), Pax Christi im Bistum Fulda; Elisabeth Engel, pax christi Bistum Paderborn

Nr	Name	Funktion/Beruf	Anschrift	Unterschrift
1				
2				

Initiator und Rücksendeadresse: DGB Kreisverband Fulda, Heinrichstraße 79, 36037 Fulda, FAX 0661 860030.

Fuldaer Erklärung des DGB!

Viele Bürger im Landkreis Fulda sind vom Tod eines jungen Soldaten aus unserer Region tief betroffen.. Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat dies zum Anlass genommen in einer „Fuldaer Erklärung“ unter anderem den Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan zu fordern. Eine Unterstützung des Kreistages könnte dem Aufruf mehr Bedeutung geben und so weiteres Blutvergießen stoppen.

Die Initiative der Linken.Offenen Liste fand im Kreistag keine Mehrheit. Man fühle sich nicht zuständig und die Frage von Krieg gehöre nicht in dieses Parlament. Nach Auffassung der Linken.Offenen Liste gehören nicht nur finanzielle Themen in den Kreistag, auch mit gesellschaftlichen Werten, Menschlichkeit und Moral sollte sich der Kreistag befassen.

Impressum:

DIE LINKE. Offene Liste

Bettina Licht
An der Röthe 16
36145 Hofbieber

Tel. 06657 6251

kontakt@die-linke-fulda.de

www.fuldawiki.de

Boni Zahlungen bleiben geheim!

Antrag der Linken.Offenen Liste:

Der Kreistag Fulda soll die Vorstände und Geschäftsführungen der Beteiligungsgesellschaften und eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen des Kreises bitten, eine Einwilligungserklärung gemäß § 4 Abs. 1 Bundesdatenschutzgesetz abzugeben, mit der sie sich einverstanden erklären, dass ihre Bezüge und Boni-Zahlungen im Beteiligungsbericht veröffentlicht werden.

In einer Zeit, wo die Menschen gezwungen werden, immer mehr auf ein gerechtes Einkommen zu verzichten, ist es nicht nachvollziehbar, wenn kommunale Angestellte mit Bonuszahlungen alimentiert werden. Transparenz ist ein erster Schritt um zu einer ehrlichen Diskussion zu kommen.



Unsere Mandatsträger in Stadt und Kreis:

Günter Maul

Stadtverordneter der Stadt Fulda der Wählergemeinschaft DIE LINKE. Offene Liste.

Michael Wahl

Kreistagsabgeordneter des Kreises Fulda der Wählergemeinschaft DIE LINKE. Offene Liste.